

PRESSEMITTEILUNG 01/2021
des Würzburger Flüchtlingsrats
- zur sofortigen Veröffentlichung -



Geschäftsstelle

Jürgen Heß
Augustinerkloster
Dominikanerplatz 2
97070 Würzburg

Tel.: +49 175 2182164
info@wuerzburger-fluechtlingsrat.de
www.wuerzburger-fluechtlingsrat.de

Pressemitteilung des Würzburger Flüchtlingsrates
Kirchenasyl ist kein Verbrechen

Würzburg, den 23.04.2021

Der Würzburger Flüchtlingsrat erklärt sich angesichts der staatlichen Verfolgung wegen Gewährung von Kirchenasyl mit der Benediktinerabtei Münsterschwarzach solidarisch. Seit Jahren bewahrt die Klostersgemeinschaft Geflüchtete vor Abschiebungen in Länder, in denen ihnen die Verelendung und ein Leben auf der Straße drohen. Für dieses Engagement der Humanität dankt der Würzburger Flüchtlingsrat den Benediktinern in Münsterschwarzach sowie allen Gemeinschaften, die ein Kirchenasyl gewähren, ausdrücklich.

Ein Kirchenasyl wird nur in wenigen ausgewählten Fällen gewährt, bei denen begründete Zweifel an einer gefahrlosen Rückkehr bestehen oder es humanitäre Gründe für ein in Deutschland durchzuführendes Asylverfahren gibt. Ein Kirchenasyl in einer Kirchengemeinde oder einem Kloster zu ermöglichen, ist immer eine Entscheidung, die sich an Menschenwürde und an den Menschenrechten orientiert. Die Aufgabe, sich um Einzelschicksale, um Menschen in Not zu kümmern, ist ein genuiner Auftrag von Kirchengemeinden und klösterlichen Gemeinschaften. Diese alte kirchliche Tradition ist verantwortliches Handeln von Christen und Christinnen in besonderen Härtefällen. Kirchenasyl wendet sich hierbei nicht gegen den Rechtsstaat, sondern verweist diesen darauf, seinen eigenen Rechtsgrundlagen und seiner Gesetzgebung Geltung zu verschaffen. Das mit dem Kirchenasyl verbundene Ersuchen um eine (weitere) rechtsstaatliche Überprüfung stärkt den Rechtsstaat. Dies wird durch die Zahl der positiven Asylentscheidungen nach (erneuter) Aufnahme des Asylverfahrens infolge des Kirchenasyls bestätigt.

Ein staatliches Ermittlungsverfahren gegen einen Mönch der Abtei Münsterschwarzach wegen der Gewährung eines Kirchenasyls einzuleiten, will einschüchtern und dient dem Ziel, so eine humanitäre Menschenrechtspraxis öffentlich an den Pranger zu stellen und künftig zu verhindern: Wer ein Kirchenasyl gewährt, muss mit staatlichen Repressalien rechnen.

Einen für Menschlichkeit und Durchsetzung der Menschenrechte wie auch des geltenden Rechts eintretenden Christen vor ein Gericht zu zerren, verlangt nach der Solidarität aller Christen und Christinnen, Kirchengemeinden, Bistumsleitungen und Klöster, letztlich aller Menschen, die sich, wie der Würzburger Flüchtlingsrat, bürgerschaftlich engagieren und für eine humanitäre Gesellschaft einsetzen.